

# NORDERNEYER ERKLÄRUNG

zu Positionen und Aufgaben der  
Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland in  
Auseinandersetzung mit Flucht und Migration



Am 26. und 27. Februar 2016 trafen sich im Tagungshaus Klipper auf Norderney auf Einladung von **OUTLAW.die Stiftung** fünfzig Expertinnen und Experten aus dem gesamten Bundesgebiet, aus Dänemark und aus den Niederlanden zu den ersten **Norderneyer Gesprächen** unter dem Motto:

### „Flüchtlinge – Fremde – Freunde?“

„Abstrakt und doch grundsätzlich, bezogen vor allem auf Kinder, Jugendliche und ihre Familien sowie auf das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe – aber nicht losgelöst von Gesellschaft und Politik lotet OUTLAW.die Stiftung mit den TeilnehmerInnen aus, was Flucht und Fremde bedeuten und wie real daraus Freunde werden können“ – so hieß es in der Einladung.

Die Diskussion verdeutlichte die Spannungen und Kontroversen und zeigte Perspektiven auf, die in der hier abgedruckten **Norderneyer Erklärung** zusammengefasst sind. Eine Erklärung, die in der Kinder- und Jugendhilfe tätige Menschen orientieren und hoffentlich auch ermutigen kann, sich dem schwierigen Thema selbstbewusst zu stellen.

## GLOBAL DENKEN ...

**Menschen kommen nicht zu uns, weil es hier „so schön“, sondern dort, wo sie leben, so bedrohlich und perspektivlos ist ...**

Anlässe, Hintergründe und Ursachen für Vertreibung und Flucht müssen sowohl grundsätzlich als auch konkret immer wieder angesprochen und problematisiert werden, auch in ihrer Bandbreite von Krieg und Verfolgung sowie Armut und Perspektivlosigkeit. In der Kinder- und Jugendhilfe heißt dies auch, Räume und Gelegenheit schaffen, dass Mädchen und Jungen selbst über ihre Erfahrungen und Geschichte sprechen können. Und es gilt immer wieder auf die Sprache zu achten: Menschen, die hier Schutz und Perspektiven suchen, sind genau dies und weder eine „Flüchtlingswelle“ noch eine „Verteillast“.

**... und dafür sind auch wir als Gesellschaft mit unserer Geschichte, Lebensart und Wirtschaftspolitik verantwortlich.**

An unsere Verantwortung als Teil der deutschen Gesellschaft für die konkreten Lebensumstände der Menschen in ihren Herkunftsländern muss immer wieder erinnert werden, sowohl grundsätzlich, z.B. durch die Folgen von Ausbeutung und Vernichtung in den Kolonien, oder aktuell durch ungerechten Welthandel. Das Bewusstsein für unsere globale Verantwortung für Flucht und Vertreibung muss aber auch im Alltag wach gehalten werden, z.B. im Hinblick auf einen klimaschädlichen Energieverbrauch oder Nahrungsmittel, die auf Kosten lokaler Fischer und Bauern durch ausländische Agrarunternehmen oder Hochseefischflotten erzeugt werden. Über solche konkreten Zusammenhänge muss und kann auch mit Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe gesprochen werden, Alternativen können entwickelt und Verantwortungsbewusstsein kann auf diese Weise gefördert werden.

Perspektiven für ein Leben in Würde und mit Perspektive in den Herkunftsländern schaffen ist daher auch eine Herausforderung für Organisationen und Träger der deutschen Kinder- und Jugendhilfe, z.B. durch Partnerprojekte vor Ort. Dazu bieten sich zahlreiche konkrete Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche aktiv zu beteiligen.

**Krieg, Verfolgung und Armut schaffen Generationen verlorener Kinder, im Wortsinn und übertragen**

Nicht zuletzt stehen wir als Erwachsene auch hier in konkreter Verantwortung für die nachwachsenden Generationen weltweit. Krieg, Armut und Verfolgung zerstören gerade die Generationen nachhaltig, die für die zukünftige Existenz – und so zynisch es klingen mag – für den Wiederaufbau, z.B. in Syrien, unverzichtbar sind. In der konkreten Sorge um jeden jungen Menschen, der in Deutschland Zuflucht und Perspektive sucht, liegt auch die Verantwortung, einen unersetzlichen Verlust für seine Heimat zu verhindern, egal ob sie oder er sich entscheidet, irgendwann dorthin zurückzukehren.

## GRUNDSÄTZLICHES BEDENKEN ...

### **Kinder und Jugendliche sind vor allem Mädchen und Jungen mit universellen Rechten auf Entwicklung, Förderung und Beteiligung in Sicherheit und Zugehörigkeit**

Die UN-Kinderrechtskonvention ist der normative Bezugsrahmen, der Fixstern<sup>1</sup> auch jeder pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen, umso mehr für Mädchen und Jungen, die Zuflucht vor Unrecht, Missachtung und Tod suchen.

### **„Wir sind nicht das Problem, sondern ein Teil der Lösung – daher müsst ihr mit uns sprechen und nicht über uns reden“**

Das sagen selbstbewusst die Betroffenen und ihre Selbsthilfeorganisationen. Junge Menschen wollen gefragt werden, gerade junge Menschen, die oft bereits viel geleistet und organisiert haben, um nach Deutschland zu kommen. Und das ist richtig so.

### **Inklusion ist ein Prozess, Verschiedenheit als Normalität zu leben – so heißt das Ziel, und Teilhabe ermöglichen ist die konkrete Aufgabe**

Inklusion ist mehr und anders als Integration, ist ein Grundrecht, eröffnet Chancen für ein Leben in Vielfalt und will immer wieder konkret erkämpft werden. Die großen Debatten um Chancen und Kosten der Inklusion als Leitziel deutscher Kinder- und Jugendhilfe können und müssen konkret werden in der Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche, die hier Zuflucht und Perspektive suchen. Für sie bedeutet Teilhabe vor allem Zugang zu Bildung von Anfang an und auch dann, wenn sie nach unserem Recht mit 18 Jahren volljährig geworden sind.

<sup>1</sup> Siehe dazu auch Luise Hartwig, Gerald Mennen, Christian Schrappner: **Kinderrechte als Fixstern moderner Pädagogik? – Grundlagen, Praxis, Perspektiven** –, Beltz-Juventa (Weinheim) 2016

### **Grundrechte auf Würde und Unverletzlichkeit, auf Freiheit und Entfaltung, auf Gleichheit und Nicht-Diskriminierung sind unverhandelbare Grundlagen für ein Zusammenleben in Deutschland, die von allen akzeptiert, die ggf. mit staatlichem Gewaltmonopol durchgesetzt und die immer zivilgesellschaftlich gestaltet werden müssen.**

Nicht erst nach der Kölner Silvesternacht muss darauf bestanden werden, dass unveräußerliche Menschenrechte Grundlage unseres Zusammenlebens sind und bleiben, sowohl für Menschen, die hier Zuflucht suchen, als auch für Menschen, die hier leben. In einem Rechtsstaat müssen wir erwarten, dass alle staatlichen Organe diese Rechte mit legalen Mitteln entschieden schützen, für alle. Zivilgesellschaftlich aber, also auch in den Organisationen der Jugendhilfe, muss immer wieder ausbuchstabiert werden, wie es konkret gehen kann, dass alle Menschen, alle Mädchen und Jungen, alle Eltern und Familien in Würde und Selbstbestimmung miteinander leben können. Hier liegt die besondere Verantwortung einer Jugendhilfe, die „in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist“, so die Botschaft des letzten Jugendhilfetages 2014 in Berlin.

## ... UND LOKAL HANDELN

### **Flucht & Migration konfrontieren die Jugendhilfe mit Strukturproblemen, aber verweisen auch auf bewährte Konzepte**

Ein altes Strukturproblem der deutschen Kinder- und Jugendhilfe zeigt sich in der oft ungelösten Spannung von Spezialisierung, Problemzentrierung und Einzelfallorientierung auf der einen und durchaus wirkungsvollen Konzepten der Lebenswelt- und Sozialraumorientierung auf der anderen Seite. Gerade in der Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten dürfen solche alten Orientierungen z.B. in spezialisierten Großeinrichtungen nicht wiederbelebt werden, so drängend auch reale Versorgungsprobleme erscheinen. Hier müssen Träger und Fachkräfte beweisen, dass sie auch in „stürmischen Zeiten“ gewonnene Qualitäten durchhalten; dies gilt z.B. für Inobhutnahmen und Hilfeplanverfahren.

Das Fachkräftegebot gilt auch in der Arbeit mit Menschen, die Flucht und Migration erlebt haben. Das komplexe Arbeitsfeld benötigt keine neuen Spezialisten, allerdings braucht es gut qualifizierte sozialpädagogische Fachkräfte, die z.B. in Gewaltprävention und Traumabearbeitung genauso geschult und erfahren sind wie in der Arbeit mit kommunalen Behörden und politischen Gremien. Gute Fachkräfte und belastbare Zusammenarbeit sind unverzichtbar, auch um der Reproduktion von Gewalt und der Reinszenierung von Gewalterlebnissen vorzubeugen, die vielfach als bedrohlich erlebt werden.

Ein anderes altes Problem ist die strukturelle Überforderung kommunaler Verantwortung und Finanzierung mit den Aufgaben einer modernen Kinder- und Jugendhilfe. Hier zeigen lokales Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Träger und Zivilgesellschaft in Städten und Kreisen, wie es gelingen kann, trotz allem „gute Arbeit“ zu leisten, konkrete Aufgaben mit konkreten Menschen zum Nutzen von Flüchtlingen und Migranten zu lösen, ohne deswegen grundlegende Strukturprobleme zu vergessen.

**Erforderlich ist konkretes Handeln, ohne grundsätzliche Positionen aufzugeben, zum Beispiel:**

- 📌 **Flexible Lösungen können gefunden und verbindliche Standards trotzdem beachtet und weiterentwickelt werden.** Arbeit mit und für Flüchtlinge braucht keine abgesenkten Sonderstandards, im Gegenteil, die bewährten und erprobten Konzepte, individuelle Lösungen für letztlich immer individuelle Anliegen und Bedarfe zu suchen, muss auch für dieses Arbeitsfeld gelten. Es gilt Bedarfe zu erfassen und die Aufträge für soziale Fachkräfte in der Begleitung von Flüchtlingen detailliert mit den Betroffenen abzustimmen.
- 📌 **Aufenthalt für Ausbildung und Arbeit im 3+2 Modell** bedeutet, dass nach einer in der Regel dreijährigen Ausbildung noch zwei Jahre Arbeit möglich sein müssen, zum Nutzen der ausbildenden Betriebe und für eine Perspektive der jungen Menschen, wo immer sie nach dieser Zeit leben. Damit können gerade für die Jugendlichen, für die und mit denen in der Kinder- und Jugendhilfe eine Lebensperspektive entwickelt wurde, die Grundlagen für eine langfristige, eigenständige Existenzsicherung geschaffen werden.

- 📌 **Schutz- und Spielräume (Child and Youth Friendly Spaces) in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften** bieten Kindern und Jugendlichen während oder nach einer Notsituation eine sichere und geschützte Umgebung. Durch qualifiziertes Personal und einen strukturierten Tagesablauf erhalten sie wieder ein Gefühl von Normalität und Sicherheit und ihre Resilienz wird gestärkt. Konsequenterweise angewandte Kinderschutz-Standards fördern dabei ihren Schutz vor einrichtungsinternen und externen Risiken und stellen sicher, wer Zugang zu den Kindern hat. Kinder und Jugendliche finden in den Räumen Ansprechpartner für ihre Anliegen und Kinderschutzrisiken können identifiziert und in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe minimiert werden. In den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften können so neue Modelle der strukturellen Verknüpfung von Ehrenamt, Mentoring und professioneller sozialer Arbeit erprobt und verstetigt werden.

**Und alles ist politisch! ... die Organisationen und Menschen der Kinder- und Jugendhilfe mischen sich ein und handeln bewusst politisch ...**

- ... in den Gremien vor Ort, wie dem Jugendhilfeausschuss, den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, ihren Verbänden und Vertretungen;
- ... durch die überregionale und bundesweite Zusammenarbeit, z.B. das Themennetzwerk Flüchtlinge der National Coalition Deutschland;
- ... in der aktiven Zusammenarbeit und Unterstützung der Selbstorganisation von Flüchtlingen und Migranten, wie zum Beispiel Bundesinitiative Jugendliche ohne Grenzen;
- ... durch die klare Positionierung auch von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, sowohl nach innen als auch nach außen, wie es zum Beispiel in dem Positionspapier „Flüchtlinge in Deutschland“ der Outlaw gGmbH geschieht<sup>2</sup>;
- ... und zeigen Zivilcourage wenn es gilt, Abschiebungen zu verhindern, Hassparolen auf der Straße entgegenzutreten und Gewalt gegen Menschen, die Zuflucht suchen, zu skandalisieren.

<sup>2</sup> Outlaw gemeinnützige Gesellschaft für Kinder- und Jugendhilfe mbH: Positionspapier „Flüchtlinge in Deutschland / Kinder, Jugendliche und Familien bei Outlaw“; Greven 2015

## An den Norderneyer Gesprächen 2016 haben mitgewirkt:

Alfa, Eyad (Osnabrück) / Bachmann, Dirk (Regionaler Geschäftsführer Outlaw gGmbH Region Sachsen) / Balnojan, Frank (Regionaler Geschäftsführer Outlaw gGmbH Region Brandenburg) / Bartz, Adolf (ehem. Schulleiter, Stiftungsrat von OUTLAW.die Stiftung) / Prof. Dr. Berker, Peter (Rektor der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Stiftungsrat von OUTLAW.die Stiftung) / Christopoulos, Susanne (Regionale Geschäftsführerin Outlaw gGmbH Region Berlin) / Dahl, Ib Ivar (Levende Hav, Dänemark) / Dathan, Dirk (Outlaw gGmbH Region Sachsen) / Doritz, Thomas (Regionaler Geschäftsführer Outlaw gGmbH Region Hamm, Ruhrgebiet, Warendorf) / Espenhorst, Niels (Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V., Berlin) / Evers, Ralf (Geschäftsführer Outlaw gGmbH) / Gaschina, Gaby (Outlaw gGmbH Region West) / Gebrihiwet, Tesfalem (Hamm) / Geeraeds, Sebastian (Outlaw gGmbH Region West) / Prof. Dr. Hartwig, Luise (Fachhochschule Münster, Sprecherin Stiftungsrat OUTLAW.die Stiftung) / Dr. Höfener, Friedhelm (Geschäftsführer Outlaw gGmbH) / Dr. Kabanda, Medard (Uni Osnabrück) / Kesztyüs, Martin (Flüchtlingshilfe Hamm e.V.) / Kneist, Tina (Outlaw gGmbH Region Berlin) / Köhne, Dominik (Outlaw gGmbH Region HRW) / Köster, Walter (Lehrer Gesamtschule i.R.) / Kröner, Steffen (Regionaler Geschäftsführer Outlaw gGmbH Region Halle-Leipzig) / Matzner, Elmar (Outlaw gGmbH Region Halle-Leipzig) / Menkhaus, Randa (Outlaw gGmbH Region West) / Mennen, Gerald (Geschäftsführender Vorstand OUTLAW.die Stiftung) / Mohamad, Hevroun (Outlaw gGmbH Region West) / Müller, Heinz (Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH ISM) / Nedelcheva, Galina (Kommunales Integrationszentrum Kreis Soest) / Niragira, Georges (OUTLAW gGmbH in Berlin) / Prendel, Kerstin (Outlaw gGmbH Region Sachsen) / Rachlitz, Anna (SOS Kinderdörfer weltweit e.V. Berlin) / Schindler, Erwin (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Nürnberg) / Schmidt, Manfred (Vorstand OUTLAW.die Stiftung) / Prof. Dr. Schrapper, Christian (Universität Koblenz-Landau, Vorstandsvorsitzender OUTLAW.die Stiftung) / Schug, Günther (Vorstand OUTLAW.die Stiftung) / Soumaoro, Nelli Fomba (Jugendliche ohne Grenzen, Hamm) / Suckow, Weneta (Save the Children e.V.) / Teferi, Robel Laine (Hamm) / Thiesmeier, Monika (Vorstand OUTLAW.die Stiftung) / Thiemeier, Josef (Hamm) / Timpe, Michael (Outlaw gGmbH Region Halle-Leipzig) / Ulbricht, Steffi (Outlaw gGmbH Region Sachsen) / Ulrichs, Frank (Bürgermeister Norderney) / Wolff, Susanne (Outlaw gGmbH, Greven)



Geschäftsstelle  
Feidikstraße 27  
59065 Hamm  
[www.outlaw-diestiftung.de](http://www.outlaw-diestiftung.de)